

13.03.2019

**TRINKWASSERINITIATIVE:** Die Argumente der Initiatorin vermochten die Gegner nicht zu überzeugen

## Dringend nötig oder nicht umsetzbar?

Am Podiumsgespräch zur Trinkwasserinitiative diskutierten Initiatorin Franziska Herren und SVP-Kantonsrat Martin Haab die Hauptanliegen der Trinkwasserinitiative. Zudem ging es um die Interpretation des Initiativtextes.

JULIA SPAHR

Franziska Herren hatte keinen leichten Stand. Die Initiatorin der Trinkwasserinitiative stellte sich in einem Podiumsgespräch angehenden Agrotechnikern. Diese hatten den Anlass zusammen mit dem Verein der Studierenden der Agrar- und Lebensmittelwissenschaften der ETH organisiert. Tatsächlich schien ihr ein Grossteil der Studentenschaft eher kritisch gesinnt zu sein. Sie lachten über die Anspielungen und Witze des Moderators. Es war Adrian Krebs, Chefredaktor der «Bauernzeitung». Auch er zeigte sich deutlich als Gegner Herrens. Doch dazu später mehr.

### Anliegen der Initiative

Zunächst führte Herren die Motivation und die Anliegen ihrer Initiative vor. «Konsumentinnen und Konsumenten sind nicht offen und ehrlich darüber informiert, dass die heutige Landwirtschaft von Importfutter, Antibiotika und Pestizid abhängig ist und darüber, was sie dadurch verursacht», sagte sie.

Die Landwirte würden «pro Jahr über eine Million Tonnen Futtermittel importieren, damit sie ihre Nutztiere ernähren können». Es habe für die Umwelt und für «unsere Gesundheit Folgen, wenn ein Tier nicht dort lebe, wo sein Futter wachse». Denn dadurch sei der Nährstoffkreis nicht geschlossen, und es entstehe ein Überschuss an Gülle und Ammoniak. Das wiederum belastete das Klima, die Biodiversität



Martin Haab, Robert Finger, Franziska Herren und Roger Bündel (v.l.). (Bild: Julia Spahr)

und eben das Trinkwasser. «Die Schweizer Bevölkerung unterstützt die Landwirtschaft seit 1996 jährlich mit Milliarden Franken an Subventionen, damit sie nachhaltiger und ökologischer Lebensmittel produziert und das Tierwohl respektiert», sagte Herren. Die vom Bundesamt für Umwelt festgelegten Umweltziele habe die Landwirtschaft trotzdem nicht erreicht. Deshalb fordert Herren mit ihrer Initiative, dass nur noch Landwirte «Subventionen» erhalten, die «die Biodiversität erhalten,

pestizidfrei produzieren, einen Tierbestand haben, der mit dem auf den Betrieben produzierten Futter ernährt werden kann und die ohne den Einsatz von prophylaktischen Antibiotika auskommen.»

### «Spielregeln ändern»

Herren fügte an, dass der Initiativtext so «angelegt» sei, dass es auch nach einer allfälligen Annahme möglich sein werde, regional Futtermittel zu kaufen und zu verkaufen. Zudem verstehe die Initiative unter «Pestizide»

nur chemisch-synthetische Stoffe. Dass also Pflanzenschutzmittel, die im Biolandbau erlaubt seien, auch laut dem Initiativtext nicht als «Pestizid» verstanden würden. Dieser Punkt komme im Initiativtext nicht heraus, sagte Moderator Krebs. Es sei unklar, was als «Pestizid» gelte, und es sei «ein bisschen schwierig, wenn man die Regeln während des Spiels ändert, beziehungsweise den Text ein bisschen flexibel interpretiert». Er fragte Herren zwei Mal, ob sie den Initiativtext heute anders formulieren würde,

worauf sie eine ausweichende Antwort gab. Dass der Moderator die Befürworterseite in dieser Art in die Enge trieb, wurde nicht nur als positiv erlebt. Nach weiteren Vorkommnissen dieser Art drohte Herren, den Saal zu verlassen, und Stimmen aus dem Publikum forderten eine neutralere Moderation.

### «Abwälzen auf Ausland»

Als das gewährleistet wurde, kamen auch die Gegner der Initiative zu Wort, zum Beispiel Martin Haab. Er ist Milchproduzent, Zürcher SVP-Kantonsrat und Präsident von BIG-M. Als praktizierender Landwirt lehne er die Initiative ab, sagte er. Sie suggeriere etwas, das nicht durchgesetzt werden könne, «wenn wir Leute ernähren wollen». Die Initiative gehe von Voraussetzungen aus, die nicht zu Ende gedacht seien. Würde die Initiative angenommen, würde eine Schicht Bauern «auf Direktzahlungen verzichten und Vollgas produzieren, also mit dem Pflanzenschutzmittel-Einsatz bis ans Maximum gehen», sagte er. Insgesamt würde die Produktion in der Schweiz um 20 bis 30 Prozent zurückgehen, was zu noch mehr Lebensmittelimporten führen würde. Damit würden wir die Probleme rund um die Umweltbelastung einfach aufs Ausland abwälzen.

Auch die Forderung, dass Bauern nur noch Direktzahlungen erhalten sollen, wenn sie auf den Einsatz von prophylaktischen Antibiotika verzichten, gab zu reden. Herren sprach davon, dass dieser Einsatz zu antibiotikaresistenten Bakterien führe, die über die Gülle in die Böden und von dort ins Trinkwasser gelangen würden.

Haab hielt dagegen, dass der Einsatz von Antibiotika in der Schweiz in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent gesunken sei, während er in der Humanmedizin gestiegen sei.

### DAS SAGT DER ETH-PROFESSOR

Als neutrale Instanz war der ETH-Professor für Agrarökonomie und Agrarpolitik, Robert Finger, eingeladen. Er sagte, dass er sich als Deutscher als Einziger nicht entscheiden müsse, wie er abstimme. Und er zeigte für beide Seiten Verständnis. «Die Umweltziele sind in der Landwirtschaft nicht erreicht worden, das ist

ein Problem. Denn damit wurde ein Verfassungsauftrag nicht erfüllt», sagte er. Darin sehe er den Grund für Initiativen zum Thema. Auf der anderen Seite «gehören Pflanzenschutzmittel und Antibiotika zu einer nachhaltigen Landwirtschaft», wie er sagte. Der Bund habe ausserdem bereits einige Programme lanciert, die

in die richtige Richtung gingen. Zum Beispiel die Grasland-basierte Milch- und Fleischproduktion oder vergleichbare Ressourcenprojekte im Bereich Pflanzenschutz. Das sei wichtig. Denn die Agrarpolitik müsse auf die Anliegen der Gesellschaft eingehen, sonst verliere die Landwirtschaft die Akzeptanz. *jul*